

1 1. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE.Thüringen
2 Schleiz, 28. und 29. November 2009

3
4
5 Ina Leukefeld
6 Thomas Bienert
7 Knut Korschewsky
8 Jörg Kubitzki
9

10
11
12
13 **Thesen für die weitere Entwicklung der LINKEN zur Ausgestaltung einer linken Volkspartei in**
14 **Thüringen**

15
16
17
18 **I. Die Wahlergebnisse der LINKEN und ihre Bedeutung für Deutschland und Thüringen**
19

20 1. Die Partei DIE LINKE hat ihre Wahlkämpfe in diesem Jahr erfolgreich bestritten. Sie ist nach
21 ihrer Gründung vor 2 Jahren neben allen neuen Bundesländern in sechs westdeutschen
22 Landesparlamenten vertreten und hat bei der Bundestagswahl ein zweistelliges Ergebnis
23 erreicht. In einigen Ländern Ostdeutschlands ist DIE LINKE stärkste Partei und zu einem
24 stabilen Träger des parlamentarischen Systems im Osten der Republik geworden, was nach
25 Berlin nun auch die Regierungsbeteiligung in Brandenburg verdeutlicht.

26 In Thüringen hat DIE LINKE ihren bisherigen Stand sowohl bei der Landtags- als auch der
27 Bundestagswahl weiter ausgebaut. Bei der Landtagswahl wurden 14 Direktmandate errungen,
28 davon auch ein Teil im ländlichen Raum und damit in einer bisher klassischen CDU-Domäne.
29 Erstmals wurden bei der Bundestagswahl 2 Direktmandate errungen.

30 Kritisch müssen allerdings die Wahlergebnisse zu den Kommunalwahlen hinterfragt werden.
31 Hier konnten in einigen Städten und Kommunen die bisher erreichten Ergebnisse nicht
32 verteidigt werden. Dabei haben wir vor allem auch dort Stimmen verloren, wo zu den letzten
33 Wahlen in den Stichwahlen SPD Kandidaten unterstützt wurden, oder wo die Erkennbarkeit
34 von linker Politik nicht ausreichend gesichert war. Gerade dem Letztgenannten muss
35 zukünftig mehr Aufmerksamkeit zu teil werden.

36 Diese insgesamt aber sehr guten Wahlergebnisse beweisen, DIE LINKE ist auf dem Wege sich
37 zu einer stabilen Volkspartei in Ost und West zu entwickeln und ihre Verwurzelung in der
38 Bevölkerung auch im Westen weiter auszubauen.

39 Zudem lässt sich feststellen, dass mit der Stärkung der LINKEN sich das deutsche
40 Parteiensystem endgültig und nachhaltig verändert hat. Deutschland hat jetzt ein Fünf- oder
41 Sechs-Parteien-System. Und auch in Bezug auf die Politikinhalte kann konstatiert werden, DIE
42 LINKE hat mit ihren Diskussionen, wie am Beispiel der Mindestlöhne, politische Debatten im
43 Bund mit bestimmt und voran getrieben.
44

45 2. Bei der Landtagswahl am 30. August 2009 hatten zahlreiche Menschen in Thüringen
46 bewusst für den politischen Wechsel, die Ablösung der CDU mit ihrem Spitzenkandidaten
47 Althaus votiert. LINKE, SPD und Grüne erhielten für ihre Vorschläge für ein mehr an sozialer
48 Gerechtigkeit, mehr Demokratie, für eine bessere Bildung, für eine bürgernahe Verwaltung
49 und eine ökologische Energiewende eine komfortable Mehrheit an Wählerstimmen.

50 Dieser politische Wechsel bleibt aus, weil sich die SPD diesem versagt und damit gegen ihre
51 eigenen vor der Wahl propagierten Inhalte entschieden hat. Ihr Wahlkampfplakat „Neue Kraft
52 für Thüringen oder Stillstand mit der CDU?“ und der nun unterschriebene Koalitionsvertrag
53 stehen für eine geschichtlich dokumentierte Wählertäuschung aus durchsichtigen
54 persönlichen Karrieregründen.

55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108

3. Trotz des ausbleibenden Wechsels trägt DIE LINKE weiterhin eine Verantwortung für die Entwicklung in ganz Thüringen. Es gilt das deutliche Wählervotum, den Vertrauensvorschuss, auch in der Oppositionsrolle nicht zu enttäuschen und Politik für eine linke Alternative zu machen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass man auch aus der Opposition heraus gestaltend wirken kann.

Dies ist umso mehr notwendig, als sich auf Bundesebene eine schwarz-gelbe Regierung gebildet hat. Wir müssen dazu den Widerstand gegen den drohenden weiteren sozialen Kahlschlag, gegen das „Weiter so“ auf dem Bankensektor, gegen die geplante Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, gegen die Rente ab 67 oder gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr und für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn auf parlamentarischer und außerparlamentarischer Ebene organisieren.

DIE LINKE wird ihren Slogan „Original sozial“ mit Leben füllen und sowohl im Landtag als auch im Bundestag einen klaren Oppositionskurs führen. Für Thüringen bedeutet das, insbesondere die SPD regelmäßig mit ihren Wahlversprechen zu konfrontieren und stets daran zu erinnern, dass mit dem Kurs der SPD das System der Althaus-CDU weiter besteht.

II. Politische Aufgaben der LINKEN Thüringen im Jahr 2010 und darüber hinaus

Die LINKE Thüringen erkennt an, dass wir in einer all umfassenden Finanz- und Wirtschaftskrise leben. Die Folgen für unser Land sind auch bis zum heutigen Tag noch nicht vollständig sichtbar und zu erfassen. Trotzdem gilt es, der Erwartungshaltung vieler Menschen in unserem Land gerecht zu werden und uns für die Verbesserung der Lebensverhältnisse in Thüringen einzusetzen.

A. DIE LINKE bleibt ihrer grundsätzlichen Zielstellung treu und wird sich weiterhin langfristig für die Durchsetzung **zentraler Leitprojekte** einsetzen.

1. Die Herstellung sozialer Gerechtigkeit ist für DIE LINKE eines dieser Grundsatzanliegen. Für DIE LINKE bedeutet Sozialpolitik die Sicherstellung der sozialen Daseinsvorsorge als Teil der Lebensqualität. Wir wollen es allen Menschen ermöglichen, in dem von ihnen gewünschten Rahmen an der Gesellschaft teilzuhaben, sich also politisch, kulturell, künstlerisch, sportlich zu betätigen oder in anderen gesellschaftlichen Bereichen einzubringen. Dazu müssen die Einschnitte in den Sozialstaat gestoppt werden. Unsere Gesellschaft braucht eine neue Idee sozialer Gerechtigkeit und der Verantwortung des Starken für den Schwachen. Deshalb setzt sich DIE LINKE im Land und im Bund für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme und den Ausbau zu einer modernen Bürgerversicherung ein.

Der Landesvorstand unterstützt aktiv das europäische Jahr 2010 für soziale Gerechtigkeit und gegen Armut.

2. DIE LINKE wird weiter dafür kämpfen, dass Thüringen zum **modernsten Bildungsland Deutschlands** wird. Das gegenwärtige Bildungssystem vertieft soziale Ungleichheit durch mangelnde frühkindliche Bildung, fehlende individuelle Förderung, Unterfinanzierung und frühzeitige Auslese. Es zementiert soziale Ausgrenzung. Hier gilt es, mit aller Kraft gegenzusteuern, denn Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht! Bessere frühkindliche Bildung und Betreuung, längeres gemeinsames Lernen, ein Verbot von Studiengebühren und mehr demokratische Mitbestimmung und Autonomie an Bildungseinrichtungen bleiben dafür Eckpfeiler der Bildungspolitik der LINKEN.

3. Der Zugang zu Kultur für jede und jeden ist für DIE LINKE ein unverzichtbares Ziel. Kultur braucht nicht nur einen neuen Stellenwert, sondern muss als wertvolle Ressource, als bedeutende Standortfaktoren verstanden werden. Eckpunkte der Kulturpolitik bleiben der Erhalt und, wo möglich, der Ausbau, der kulturellen Substanz sowie die Durchsetzung der

109 gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen für eine Kulturfinanzierung
110 („Kulturlastenausgleich“).
111

112 4. Grundlegende Ziele LINKER Wirtschaftspolitik bleiben die Erhaltung und Schaffung Existenz
113 sichernder Arbeitsplätze, ein sozial-ökologischer Umbau der Wirtschaft, eine sich selbst
114 tragende wirtschaftliche Entwicklung und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am
115 Arbeitsmarkt. Im Kern geht es um Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit, die Stärkung und
116 Förderung regionaler Wertschöpfung, um die Erschließung von neuen Wirtschaftsfeldern und
117 Zukunftsbranchen. Kurzfristige Potenziale zur Schaffung von Arbeitsplätzen liegen vor allem in
118 den Bereichen Klimaschutz/Energie, in der kommunalen Daseinsvorsorge, in der Kultur und
119 im Tourismus. Langfristige Potentiale sind vor allen in den wissens- und forschungsbasierten
120 Bereichen zu sehen. Mit Wirtschaftswachstum allein kann jedoch das gesamtgesellschaftliche
121 Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht gelöst werden. Zur Bekämpfung der
122 Massenarbeitslosigkeit muss dem öffentlichen Beschäftigungssektor zukünftig mehr
123 Beachtung geschenkt werden.
124

125 5. Für DIE LINKE ist die Entwicklung der ländlichen Räume, der Erhalt und Schutz der Umwelt
126 ein wichtiger Teil der Wirtschaftsentwicklung Thüringens und erfordert eine abgestimmte
127 Strategie zwischen Wirtschaftsförderung, Tourismusentwicklung, und Daseinsvorsorge. Das
128 Ziel der Partei DIE LINKE ist es, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen Thüringens
129 zu erhalten. Zugleich muss nachhaltige Politik einen schonenden Umgang mit Ressourcen zum
130 Prinzip erheben.
131

132 6. DIE LINKE wird weiterhin alles tun, um in Thüringen mit einer **Energieoffensive** einen
133 radikalen Wechsel in der Energiepolitik einzuleiten. Die Energieproblematik ist zu einer zutiefst
134 ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Frage geworden. Langfristiges Ziel ist die
135 dezentrale Energieerzeugung und Energieversorgung Thüringens durch einen Mix aus
136 regenerativen Energien. Thüringen soll also unabhängig von Energieimporten und Vorreiter
137 dieser Entwicklung sowie ein Zentrum für Forschung, Entwicklung und Fertigung
138 diesbezüglicher Produkte werden. Um ein Ausbrechen aus der bisherigen Monopolstellung der
139 deutschen Energiekonzerne zu befördern, hält DIE LINKE eine Vergesellschaftung Stromnetze
140 und Kraftwerke weiterhin für notwendig.
141

142 7. DIE LINKE will mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung, damit Thüringerinnen und
143 Thüringer neu erfahren: politisches Engagement lohnt sich, Veränderung ist möglich,
144 Gestaltung vor Ort wird durch eigenes Einbringen Realität. DIE LINKE setzt sich folglich
145 weiterhin für die Senkung der Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landes-
146 und auf kommunaler Ebene ein.
147

148 8. DIE LINKE bleibt bei ihrem konsequenten Kampf gegen den Rechtsextremismus,
149 Rassismus und Antisemitismus. Sie wird weiterhin Partner gesellschaftlicher Akteure sein und
150 ein Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz schaffen. Um eine nachhaltige,
151 strukturelle und durchdachte Strategie seitens der staatlichen Verantwortungsträger zu
152 ermöglichen fordert die DIE LINKE ein Landesprogramm für Demokratie und Vielfalt. Es soll
153 die Situation des Rechtsextremismus in Thüringen analysieren sowie staatliche und
154 zivilgesellschaftliche Aktivitäten ebenso wie Demokratieentwicklung und Geschichtsforschung
155 mit Zuschüssen und Förderungen unterstützen.
156

157 9. DIE LINKE bleibt bei ihrer Forderung nach einer **Funktional- Verwaltungs- und**
158 **Gebietsreform**. Die Verwaltungs- und Gebietsstrukturen in Thüringen müssen sich an den
159 Interessen der Einwohnerinnen und Einwohner ausrichten und nicht umgekehrt. Im
160 Mittelpunkt stehen dabei für DIE LINKE die Stärkung der gemeindlichen Ebene und der
161 kommunalen Demokratie. Alle Strukturveränderungen müssen dabei unter Einbeziehung und
162 demokratischer Mitbestimmung, also im Dialog mit den Betroffenen vollzogen werden.

163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212
213
214
215

10. DIE LINKE hält nach wie vor einen umfassenden Kassensturz und eine solide Finanzplanung für unabdingbar. Wir stehen in der Finanzpolitik für eine Doppelstrategie aus Investitionen und Haushaltskonsolidierung. Ein Verschuldungsverbot in der Verfassung wird es mit der LINKEN nicht geben.

DIE LINKE steht für den Grundsatz: starke Schultern können mehr tragen als schwache. Dafür wird sich im Land und im Bund weiterhin einsetzen. Wir bleiben bei unseren Forderungen nach einer höheren Steuergerechtigkeit und die angemessene Beteiligung der großen Unternehmen sowie der Besitzer großer Vermögen an der Finanzierung der Solidargemeinschaft.

B. Die Aussagen zum 100-Tage Programm der LINKEN, die vor der Wahl getroffen wurden, bleiben für DIE LINKE auch in der Opposition bindend. Dementsprechend wird umgehend an der Umsetzung gearbeitet.

1. Mit einem Gesetzentwurf für mehr Demokratie soll mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung ermöglicht werden. So sollen die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Landes- und auf kommunaler Ebene gesenkt und mögliche Themenkataloge auch auf haushaltsrelevante Sachverhalte erweitert und diese zur Abstimmung zugelassen werden. Dabei soll der Bürgerentscheid in einen Einwohnerentscheid umgewandelt werden, an dem sich auch junge Menschen und Migranten ab 14 Jahre beteiligen dürfen.

2. Die Umsetzung des zentralen Leitprojektes in der Bildung, des längeren gemeinsamen Lernens, erfolgt schrittweise und unter intensiver Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Diese Bildungsreform soll per Volksentscheid die nötige Legitimation durch die Thüringerinnen und Thüringer erhalten.

3. Ein Gesetzentwurf „für eine bessere Familienpolitik“ soll eine neue Familienpolitik befördern. Zentrale Eckpunkte sind 2.000 zusätzliche Fachkräfte in den Kindertagesstätten, längere Öffnungszeiten, mehr Elternmitbestimmung und damit verbesserte Umsetzung des Bildungsplanes.

4. Wir werden dafür sorgen, dass im Haushalt in Zukunft das EU-Programm zur Bereitstellung von kostenloser Milch an den Schulen und Kindereinrichtungen (bis zu 75 Prozent Eigenfinanzierung) und das EU-Programm für Schulobst (25 Prozent Eigenfinanzierung) endlich kofinanziert werden, damit alle Schüler kostenlos Obst und Milch erhalten. Die Kosten belaufen sich insgesamt auf ca. 3 Mio. Euro.

5. Mit einem Sofortprogramm will DIE LINKE Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen. Bestandteile dieses Programms sollen unter anderem Schritte für ein kostenloses Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen sein. Zunächst werden die Mittagessen bezuschusst und sollen Zukunft gänzlich kostenlos bleiben.

6. Um eine Offensive zur Förderung des heimischen Handwerks einzuleiten, soll die Förderung gezielt auf die Belange der einheimischen Wirtschaft und regionaler Wirtschaftskreisläufe umgestellt werden, mit einem „Mittelstandsfördergesetz“ u. a. spezifische Probleme der KMU behoben und mit der Einrichtung eines Liquiditätsfonds Unternehmen, die unverschuldet in Not geraten sind, geholfen werden. Zudem soll die Eigenkapitalbildung der Unternehmen gestärkt werden. Und hinzu kommt die Verabschiedung eines Programms „Thüringer Initiative für Bildung und Arbeit“ zur Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfes.

216 7. Um Lohndumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge zu vermeiden, ist die Einführung
217 eines „Thüringer Mindestlohn- und Vergabegesetzes“ nötig. Zudem soll auf der Grundlage
218 eines Thüringer Landesarbeitsmarktprogramms der Ausbau von Dienstleistungen der
219 Daseinsvorsorge durch öffentlich finanzierte Beschäftigung unter Nutzung der vorhandenen
220 Förderinstrumente zielgerichtet entwickelt werden. Um neue, innovative Ansätze erproben zu
221 können, ist die Förderung von Modellprojekten der aktiven Arbeitsmarktpolitik (z.B. Zentren
222 der Neuen Arbeit) nötig. Um dabei finanzielle und inhaltliche Synergieeffekte in der aktiven
223 Arbeitsmarktpolitik zu erreichen, soll eine Rahmenvereinbarung mit der Bundesagentur für
224 Arbeit abgeschlossen werden. Mit einem Sofortprogramm, welches aus europäischen und
225 Landesmitteln bzw. über die Arbeitsagenturen gespeist wird, sollen 2.000 Arbeitsplätze
226 entstehen.

227
228 8. Nach fast 20 Jahren CDU-Regierungen benötigt Thüringen einen umfassenden Kassensturz
229 für eine solide Finanzplanung. An diese Problematik anknüpfend werden Bundesratsinitiativen
230 zur Einführung einer Millionärssteuer, Börsenumsatzsteuer, eine höhere Steuer auf große
231 Erbschaften, eine Anhebung des Spitzensteuersatzes und eine höhere
232 Unternehmensbesteuerung auf den Weg gebracht. Angestrebt wird zudem ein
233 Lastenausgleichsgesetz zum Schuldenabbau zwischen den Ländern.

234 235 236 **III. Neue Qualität im Umgang mit der Vergangenheit - Dialog zur Bewertung der** 237 **Geschichte fortsetzen 1.**

238
239 1. DIE LINKE misst einer objektiven, tabufreien Vergangenheitsaufarbeitung außerordentlich
240 hohe Bedeutung bei. Diese Aufarbeitung kann niemals abgeschlossen sein, sondern ist ein
241 stetiger Prozess, der immer wieder aufs Neue geleistet werden muss. Kenntnisse und
242 Bewertungen stehen dabei regelmäßig auf dem Prüfstand. Im Gegensatz zu den anderen
243 Parteien Deutschlands beansprucht DIE LINKE dabei aber nicht das Monopol auf die
244 Deutungshoheit über die Geschichte. Dieser aus zutiefst partei- und machtpolitischen
245 Erwägungen erhobene Anspruch soll das kritische Hinterfragen des eigenen Tun und der
246 eigenen Vergangenheit verhindern oder davon ablenken und ist - das hat die Historie
247 hinlänglich bewiesen - unwiderruflich zum Scheitern verurteilt.

248 DIE LINKE sieht es als ihre Aufgabe an, dafür zu sorgen, dass es zu Rahmenbedingungen
249 kommt, die die Geschichtsaufarbeitung der partei- und machtpolitischen Instrumentalisierung
250 entziehen und eine unabhängige und objektive Geschichtsschreibung bewahren und/oder
251 wiederherstellen.

252 Nur so kann es gelingen, ein differenziertes Bild der Vergangenheit zu zeichnen und
253 Schönfärberei bzw. Bilderstürmerei zu verhindern.

254
255 2. In der LINKEN vereinigen sich die Traditionen der vielfältigen Strömungen der deutschen
256 und internationalen Arbeiterbewegung sowie anderen revolutionären und demokratischen
257 Bewegungen seit dem 19. Jahrhundert sowie des Erbes von Marx und Engels. Die damaligen
258 Grundziele, eine solidarische Gesellschaft mit gleicher Freiheit für alle Menschen, haben
259 nichts von ihrer Aktualität verloren.

260 Zu diesen Traditionen gehört auch der konsequente Antifaschismus. So bleibt vor allem der
261 „Schwur von Buchenwald“ aktuell und für demokratische Sozialistinnen und Sozialisten ein
262 Vermächtnis.

263 In Kenntnis dieser geschichtlichen Lebenslinien vereinigt die Partei DIE LINKE seit Mitte 2007
264 unterschiedliche politische Kräfte aus Ost- und Westdeutschland. Sie verbindet in sich somit
265 sehr unterschiedliche politische und soziale Traditionen und Strömungen und gründet auf dem
266 gegenseitigen Respekt vor dieser Vielfalt und vor den persönlichen Biographien. Für DIE LINKE
267 ist das die seltene historische Gelegenheit, aus unterschiedlichen Erfahrungen, gewonnen in
268 Ost und West und im vereinigten Deutschland, etwas neues, eine gesamtdeutsche Linke
269 aufzubauen.

270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286
287
288
289
290
291
292
293
294
295
296
297
298
299
300
301
302
303
304
305
306
307
308
309
310
311
312
313
314
315
316
317
318
319
320
321
322
323

3. Bereits auf ihrem Außerordentlichen Parteitag 1989 hat sich die SED-PDS bei der Bevölkerung der DDR für das von der SED begangene Unrecht entschuldigt und einen Prozess der unwiderruflichen Trennung von stalinistischen Traditionen der SED begonnen. Die Absage an stalinistische Herrschaftspraktiken und jenes Gesellschaftsmodell wurde und blieb bestimmend für Statut und Programmatik der PDS. Auch heute ist diese elementare Grundposition für die nunmehrige LINKE ein wesentliches Kriterium der Verfasstheit der Partei.

Zwanzig Jahre nach diesem Bruch mit dem Stalinismus ist es jedoch auch an der Zeit, einen Blick zurück zu werfen und ein parteigeschichtliches Fazit zu ziehen. DIE LINKE will darum bilanzieren, wie der Bruch gelungen ist und/oder wo es noch Defizite gibt bzw. wie diese zu beseitigen sind.

Neben diesen Feststellungen bleibt auch nüchtern zu konstatieren, dass der Begriff Stalinismus noch immer eine diffamierende pauschale Verwendung durch politische Gegner gegen alles, was in Geschichte und Gegenwart linkssozialistisch auftritt, findet. Hinter dem alltäglichen politischen Gebrauch von „Stalinismus“ verschwindet, dass er zugleich ein wissenschaftlicher Begriff ist, eine Kategorie der Politik- und der Geschichtswissenschaft.

DIE LINKE Thüringen hält es aus diesen Gründen flankierend für erforderlich, über die Parteigremien eine Stalinismuskonferenz zu initiieren.

4. Nach der allgemeinen Überzeugung einer großen Zahl von Zeithistorikern ist die Aufarbeitung der DDR-Geschichte bisher weitestgehend gescheitert. Eine der wesentlichen Ursachen dafür - und das sagen Experten unverblümt - ist die politische Instrumentalisierung des Themas und der damit verbundene subtile Eingriff in die Wissenschaft. Das Ergebnis geschichtswissenschaftlichen Forschens war unter dem durch die Bundesregierung in den neunziger Jahren ausgegebenen Motto „Delegitimierung der DDR“ quasi in eine einzige Richtung und Betrachtung entwickelt.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der legitime Versuch, nach dem alliierten Sieg über Nazi-Deutschland ein Wiedererstarken sozialer Antriebskräfte des Nationalsozialismus zu verhindern und einen sozialistischen Staat auf deutschem Boden aufzubauen. Dieser Versuch ist gescheitert. Mislungen ist dieser Versuch aus äußeren und vor allem aus inneren Gründen: Gescheitert ist der Sozialismus auch in der DDR vor allem an strukturellen Defiziten und Deformationen, die insbesondere in der Ökonomie, im politischen System und dessen politischer, kultureller und emanzipatorischer Verfasstheit begründet waren. Dazu gehören ein eklatanter Mangel an Demokratie und Missachtung elementarer Bürgerrechte, großes Misstrauen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und, schließlich, wegen der mangelhaften Effizienz des Wirtschaftssystems und der generellen Unfähigkeit, mit Reformen auf veränderte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu reagieren.

Von den LINKEN abverlangte öffentliche Bekenntnisse zu wissenschaftlich und juristisch umstrittenen Kampfbegriffen wie Polizeistaat, Überwachungsstaat oder Unrechtsstaat zur Charakterisierung der DDR als Ganzes führen jedoch am Ziel einer weiteren Aufarbeitung vorbei, verhindern sie sogar und fördern die Verklärung der Geschichte. Das Teilen der Bevölkerung angetane Unrecht wird allerdings von der LINKEN auch konsequent als begangenes Unrecht benannt werden.

DIE LINKE setzt sich weiterhin für eine schonungslose und konsequente Aufarbeitung der DDR-Geschichte ein. Es geht um ein differenziertes Bild, was auch neue Fragestellungen einschließt. Und es geht darum, Lehren zu ziehen für die heutige Gesellschaft. Das heißt auch : Achtung vor der Meinung anderer und Toleranz ! Niemand ist im Besitz der endgültigen Wahrheit. Und: Der Zweck heiligt nie die Mittel, auch wenn es noch so gut gemeint ist. Aber auch: Macht muss kontrolliert werden. Resignation und Ohnmacht angesichts der Unfähigkeit von Politik lösen keine Probleme.

Angesprochen sind auch persönliche Biographien, aber der zentrale Aspekt lautet nicht nur Verwicklung in eine MfS-Tätigkeit, sondern: Verantwortung in der DDR. Diese muss klar benannt werden, wo zu sich DIE LINKE immer bekannt hat. Zugleich sollte aber auch mit

324 jenen, die Schuld auf sich geladen haben, sich dazu bekennen und sich für eine Aufarbeitung
325 einsetzen, die Versöhnung gesucht werden.

326 In diesem Zusammenhang setzt sich DIE LINKE für ein engagiertes, auf Dauer angelegtes
327 Projekt der politischen Bildung ein, in dem die Vergangenheit in der DDR vielfältig und
328 beispielhaft für die heutige Bundesrepublik aufgearbeitet wird. Zentraler Inhalt sollte die
329 Bildung zur Demokratie dabei sein.

330
331 5. Während die DDR in alle ihre Einzelteile seziiert wird und mit vielfältigen, oft ideologisch
332 geprägten Urteilen versehen wurde, ruht eine Aufarbeitung der BRD fast völlig. Für DIE LINKE,
333 als eine nun gesamtdeutsche Partei, ist es durchaus legitim auf diese Diskrepanz hinzuweisen.
334 In der bundesrepublikanischen Geschichte gibt es eine ganze Reihe von Themen
335 aufzuarbeiten, die keinesfalls ein Ruhmesblatt sind und oft ausgeblendet werden, wie der
336 Umgang mit der Nazi-Vergangenheit von vielen Personen, die Notstandsgesetzgebung (mit
337 Inhaftierungslagern etc. die übrigens bis heute existiert), der Radikalenerlass mit
338 Berufsverboten, die Kriminalisierung von Atomkraftgegnern usw. Stattdessen pflegt bzw.
339 strickt man Mythen und legt einen verklärenden Glanz über die geschichtliche Realität.

340 Auch ist bis heute, auf Grund der Sperrfristen der Archivakten, unklar, inwieweit, die BRD-
341 Außenpolitik zum Funktionieren des DDR-Systems ebenfalls beigetragen hat.

342 Insofern sollte es darauf ankommen, eine gleichberechtigte Geschichtsaufarbeitung
343 anzustreben. Es kann nicht um den Wettstreit gehen, wer die bessere Republik war. Es kann
344 nur um objektive Geschichtsbetrachtung und tabulose Benennung von Unrecht der DDR, aber
345 auch in der BRD gehen. Daraus kann ein neuer Ansatz zu einem „besseren Verstehen“ unserer
346 Geschichte gelegt werden.

347
348 6. Für DIE LINKE gilt es auch die letzten 20 Jahre seit der friedlichen Revolution zu würdigen.
349 Zweifellos wurden durch die politische Wende und den Anschluss an die BRD zahlreiche
350 positive Veränderungen im Ostteil Deutschlands eingeleitet. Es wurden Defizite beseitigt, die
351 in der DDR über Jahre hinweg aus wirtschaftlichen, teilweise auch aus politischen Gründen
352 nicht umsetzbar gewesen wären. Dennoch hält sich bis heute ein Mauerdenken im Kopf und
353 auch diese 20 Jahre waren nicht frei von Widersprüchen.

354 Das hat mit der Praxis der Politik der Herrschenden zu tun. So begann die „neue“ BRD mit
355 einem Verfassungsbruch, eigentlich sollte sich ein gemeinsames deutsches Volk eine neue
356 Verfassung geben. Die bewusst verhinderte Verfassungsdebatte, hat es tunlichst vermieden,
357 erstens alle Bürger in dieses Land einzubeziehen und zweitens die „guten“ und „schlechten“
358 Seiten des jeweils anderen Teils auf den kritischen Prüfstand zu stellen.

359 In einem bislang beispiellosen Vorgang wurde auch aus durchsichtigen ökonomischen
360 Interessen der Unternehmen in Westdeutschland alles getan, um ostdeutsche Konkurrenz
361 dauerhaft auszuschalten. Parallel dazu stülpte man den Ostdeutschen den überlebten
362 westdeutschen politischen Rahmen über.

363 Heute muss man konstatieren, im Ergebnis wurde das Land einem Raubzug der etablierten
364 regierenden Parteien unterworfen und der Lobbyismus der Großkonzerne und Banken, nicht
365 die Interessen der Bürger, zum Entscheidungskriterium gemacht. Die Umverteilung von arm zu
366 reich hat erschreckende Züge angenommen, Grundrechte werden bedroht bzw. ausgehöhlt
367 und Menschen mittels Hartz IV ihre Würde genommen.

368 DIE LINKE anerkennt die friedliche Revolution von 1989 als Vermächtnis der Bürgerbewegung
369 in der DDR als emanzipatorische Bewegung. Gerade weil wir uns kritisch mit dem Erbe der
370 SED auseinandersetzen, ist es auch heute unsere Pflicht, gegen die Demokratie
371 einschränkende, demokratiefeindliche Zustände und gegen soziale Ungerechtigkeit zu
372 kämpfen. In Zeiten der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zeigt sich, dass es auch in dieser
373 Gesellschaft zu moralischen Verwerfungen in der etablierten Politik und Wirtschaft gekommen
374 ist. Die Herstellung von mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung sowie die
375 Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit ist eine Grundvoraussetzung für die
376 demokratische Gestaltung einer Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Demokratie

377 und soziale Gerechtigkeit müssen in einer menschenwürdigen Gesellschaft untrennbar
378 miteinander verbunden sein.

379
380

381 **IV. Innerparteiliche Entwicklung**

382

383 Mit der Gründung der Partei DIE_LINKE. war auch in Thüringen der Anspruch verbunden, mehr zu sein
384 als PDS und WASG. Das erfordert von uns zugleich eine Partei der Selbstveränderung und des
385 Pluralismus zu sein.

386 Mit der Gothaer Erklärung auf dem Gründungsparteitag in Thüringen haben wir beschlossen, was das
387 bedeutet. „Unter Selbstveränderung verstehen wir die Fähigkeit, unser eigenes Handeln vor dem
388 Hintergrund einer sich ständig wandelnden Gesellschaft kritisch zu reflektieren und mit Blick auf
389 unsere Ziele auch zu korrigieren. Pluralismus bedeutet für uns nicht lediglich die Duldung des
390 Andersdenken, sondern vielmehr das bewusste Aufnehmen und Anerkennen der jeweils anderen
391 linken Sicht. Wir streiten für eine innerparteiliche Demokratie, in der die Entscheidungen durch
392 Mehrheiten getroffen und Minderheiten zugleich geachtet, respektiert und geschützt werden.“

393

394 Eine solche Partei braucht streitbare Mitglieder und SympathisantInnen, die gleichzeitig konfliktfähig
395 und solidarisch sind. Diese Fähigkeiten gilt es weiter zu entwickeln.

396

397 Diesen Anspruch konsequent umzusetzen und zu leben, erfordert mehr Offenheit und Öffnung hinein
398 in die Gesellschaft, weil eine Partei allein die Gesellschaft nicht verändern kann. Transparenz, die
399 Fähigkeit zum Dialog innerhalb und außerhalb der Partei sowie ein ständiger Lernprozess sind
400 notwendig, um uns als linke Volkspartei weiter zu profilieren und das Vertrauen der Menschen
401 zurechtfertigen. Nur so werden wir an Ausstrahlungskraft und der Fähigkeit zur Veränderung der
402 Gesellschaft gewinnen.

403

404

405 1. DIE LINKE Thüringen muss in Umsetzung bereits gefasster Beschlüsse eine neue Qualität
406 der politischen Bildungsarbeit erreichen Insbesondere eine Debatte um das Programm der
407 LINKEN erachtet die Partei als einen notwendigen Diskurs, der einen Gewinn hinsichtlich
408 Ausrichtung, Programmatik, Identität und Zukunftsgestaltung verspricht. DIE LINKE Thüringen
409 wird sich mit all ihren Gliederungen aktiv in den Diskussionsprozess um ein neues
410 Parteiprogramm einmischen. Dabei gilt der Grundsatz: Qualität ist wichtiger als Schnelligkeit.

411

412 2. DIE LINKE braucht eine weitere Professionalisierung der Parteistrukturen von der Basis bis
413 zum Land sorgen. Credo dafür soll vor allem das Vorhandensein von hauptamtlichen
414 Regionalmitarbeitern in allen Regionen des Landes sein, die Ansprechpartner für die
415 Kreisverbände sind. Mit Unterstützung dieser Regionalmitarbeiter muss das Ehrenamt in den
416 Kreisverbänden befähigt werden, die innerparteiliche Kommunikation mit den modernen
417 Mitteln der Kommunikationstechnik zu bewältigen. Durch den Erhalt der Kreisgeschäftsstellen
418 bleiben Kurze Wege für die Menschen, die sich für linke Angebote interessieren oder
419 engagieren wollen. In diesem Zusammenhang steht DIE LINKE den außerparlamentarischen
420 Bewegungen, sozialen und karitativen Verbänden als verlässlicher Partner zur Verfügung.

421

422 3. Weiter profilieren wird DIE LINKE die innerparteiliche Kommunikation, die einer der
423 entscheidenden Aspekte für das Funktionieren des demokratischen Agierens der
424 Parteimitglieder untereinander ist. Die Partei wird dabei immer an einer offenen und
425 demokratischen Diskussionskultur festhalten, die Minderheitenauffassungen zu jeder Zeit
426 ernst nimmt. Bei wesentlichen politischen Grundsatzfragen hält DIE LINKE die aktive
427 Einbeziehung, wie im Falle des Regierungsprogramms mit den Regionalkonferenzen
428 geschehen, aller Parteimitglieder in den Meinungsbildungsprozess für unabdingbar.

429

430 4. DIE LINKE wird aktiv die Mitgliedergewinnung forcieren. Ziel soll es sein, eine
431 parteipolitische Verankerung in allen Schichten der Bevölkerung zu erreichen. Dabei sollen für
432 neue Mitglieder Möglichkeiten des aktiven politischen Agierens geschaffen werden, damit sie
433 sich intensiv in die Arbeit und den Diskussionsprozess in der Partei einbringen können.
434 Regelmäßige Neumitgliedertreffen auf regionaler Ebene sind dafür wichtige Voraussetzungen.
435

436 5. In der Jugendpolitik setzt DIE LINKE auf eine neue Akzentsetzung. Jugendarbeit soll als
437 ganzheitliche Aufgabe begriffen werden, die auf die Bedürfnisse der unterschiedlichen
438 Jugendschichten und Jugendkulturen bzw. -bewegungen ausgerichtet ist. Auch hier ist auf
439 eine möglichst breite Verankerung in der Jugend zu achten. DIE LINKE wird sich deutlicher als
440 bisher um eine Öffnung in Richtung studentischer Bewegungen bemühen, um hier vermehrt
441 Nachwuchsgewinnung zu betreiben. Außerdem soll die Rolle und die Einbeziehung des
442 Jugendverbandes solid für die Partei intensiviert werden.
443

444 6. Die LINKE. Thüringen arbeitet im Zusammenwirken mit den linken Frauen-Netzwerken am
445 Ausbau einer politisch gestaltenden Rolle für Frauen auf der Grundlage des im Landesverband
446 beschlossenen Frauenförderplanes.
447

448 7. Ein weiteres zentrales Anliegen ist die generelle Einbindung einer externen intellektuellen
449 Basis als beratende und helfende Stimmen bei verschiedenen politischen Fragestellungen.
450 Hierfür muss der Kontakt und die Kommunikation mit an Hochschulen, Bildungs- und
451 Forschungseinrichtungen tätigen Personen deutlich verbessert werden.
452 An die Rosa-Luxemburg-Stiftung werden wir mit dem Anliegen herantreten, solche Kontakt zu
453 vermitteln und selbst stärker Plattformen für eine intellektuelle Kommunikation über line
454 Politik, aktuelle Probleme der Gegenwart und Strategien für die Zukunft bereitzustellen. Dabei
455 sollten auch aktuelle Fachthemen auf Gebieten, wie Arbeit, Berufsausbildung oder
456 Gesundheitspolitik, um nur einige zu nennen, Berücksichtigung finden.
457

458 8. Die Gliederungen, Zusammenschlüsse und Arbeitsgemeinschaften innerhalb der Partei DIE
459 LINKE in Thüringen haben sich bewährt. Dennoch muss daran gearbeitet werden, sie weiter
460 effizient zu gestalten. Thematische Arbeitsgemeinschaften oder Zusammenschlüsse müssen
461 stärker als bisher die inhaltlichen Diskussionen in der Partei und den Gremien der Partei
462 befördern. Auch hier gilt das Motto „Qualität vor Quantität. Es gibt noch deutliche Reserven in
463 der Kommunikation untereinander bzw. im innerparteilichen Wirken. Diese Reserven gilt es
464 nun zu erschließen.
465
466
467